

**Josef Schüßlburner**  
**Die deutschen 68er: Die eigentlichen Neo-Nazis?**  
**Plädoyer für die Bewältigung der Vergangenheit der**  
**wesensverwandten „68er“**

Die 68er-Generation hat nicht nur in einem Staat wie Sri Lanka in Form der singhalesischen JVP oder der tamilischen LTTE in einer massiven Weise politischen Terror praktiziert, welcher beinahe zur Ablösung der demokratischen Ordnung durch ein an den Kambodschaner *Pol Pot* ausgerichtetes totalitäres Linksregime geführt hätte. Diese Problematik wird im 18. Teil der Serie „Parteiverbotskritik“ auf dieser Website unter der Rubrik „Kampf ums Recht“ angesprochen. Nachfolgend soll auf die zeitgenössischen bundesdeutschen 68er eingegangen werden, aus deren Umfeld bekanntlich über sog. „K-Gruppen“, die in der Tat mit einem *Pol Pot* oder *Mao* sympathisierten, der RAF-Terror hervorgegangen ist. Dieser Terror, der auch in der „Chronik des Linksextremismus“ auf dieser Website dokumentiert ist, sollte zu einer wirklichen Gefährdung der bundesdeutschen Verfassungsordnung führen, was von Gruppierungen, denen üblicherweise „Wesensverwandtschaft“ zugeschrieben wird, nicht wirklich gesagt werden kann. Dies legt es nahe, im Interesse des Demokratieerhalts die Frage nach der Bewältigungsbedürftigkeit auch des deutschen 68er-Phänomens zu stellen.

Ein Plädoyer für eine „Bewältigung der Vergangenheit“ der 68er impliziert im Kontext der bundesdeutschen Bewältigungspolitik erkennbar einen Vergleich, wenn nicht gar die tendenzielle Gleichsetzung dieser 68er-Bewegung mit dem Nationalsozialismus der 1930er Jahre; denn nach den Prämissen bundesdeutscher Bewältigungspolitik gilt es bekanntlich nur den Nationalsozialismus zu „bewältigen“, so daß die nach den Prämissen der auf Feststellung von „Wesensverwandtschaft“ abgestellte Bewältigungsaufforderung an die bundesdeutschen 68er notwendigerweise auf den Vorwurf des „Faschismus“ hinausläuft. Denn bekanntlich gilt der International-Sozialismus, welcher sich ad hoc als Bezugspunkt für die Feststellung von „Wesensverwandtschaft“ der 68er-Bewegung aufdrängt, nicht als besonders bewältigungsbedürftig, wie man daran erkennt, daß bekanntlich dessen Vertreter in der fortgeschrittenen Bundesrepublik Deutschland trotz teilweise noch erfolgter Eintragung in sog. VS-Berichten als „Extremisten“ Regierungsämter übernehmen dürfen. Auch wird die demokratische Partei (Selbsteinstufung), aus der dieser International-Sozialismus einst unstreitig hervorgegangen war und die ihm durch Bildung von Regierungskoalitionen derartige Ämter bis hin zur Position eines Ministerpräsidenten verschaffen kann, nicht mit dem Vorwurf, keine „Berührungsgänge“ zu haben, in diesen sog. Verfassungsschutzberichten aufgeführt. Derartiges würde jedoch jemanden passieren, welchem vorgeworfen werden kann, keine „Berührungsgänge“ mit einer Gruppierung zu haben, welcher üblicherweise mit dem verbotsbegründenden Vorwurf ideologischer Wesensverwandtschaft überzogen wird.

### **Warum Bewältigung?**

Stellt man sich die Frage, warum denn in der Bundesrepublik Deutschland von Staatswegen überhaupt „bewältigt“ wird und - zunehmend - werden muß, dann lautet die Antwort in der Regel: Zur Wahrung der Würde der Opfer und vor allem soll durch „Bewältigung“ verhindert werden, daß sich ein bewältigungsbedürftiges Ereignis wiederholt und dabei die Demokratie abgeschafft wird. Bei den Deutschen erwartet man, wohl aufgrund ihrer von Verbotspolitikern eingeschätzten rassischen Veranlagung die Wiederkehr des Nationalsozialismus aufgrund der freien Ausübung des Wahlrechts, wenn nicht „bewältigt“ werden würde. Dagegen befürchtet man nichts Schlimmes durch die Wiederkehr des Internationalsozialismus, falls man dessen Wiederkehr überhaupt voraussieht, obwohl dieser in einem Teil Deutschlands immerhin das

einst von Reichskanzler *Bismarck* als Folge der zeitgenössischen SPD-Ideologie vorausgesagte „allgemeine sozialistische Zuchthaus“ ganz real verwirklichen konnte, was auch der liberale Reichstagsabgeordnete *Eugen Richter*, der durchaus in Opposition zum genannten Kanzler stand, in vergleichbarer Weise in seinen „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern“ von 1891 als Folge der Umsetzung der zeitgenössischen SPD-Ideologie bei einem entsprechenden Wahlausgang für möglich hielt und was dann in der Tat (wenngleich nicht bezogen auf das gesamte Deutsche Reich) durch die architektonische Meisterleistung „antifaschistischer Schutzwall“ umgesetzt werden konnte. Wenn demnach schon im Fall des DDR-Kommunismus als Erscheinungsform des Sozialismus nicht bewältigt werden muß, weil er mit dem allein bewältigungsbedürftigen Nationalsozialismus nichts zu tun habe, dann braucht doch von vornherein nicht an die Bewältigung des 68er-Phänomen gedacht zu werden. Aufgrund der medialen Machtverhältnisse, in deren Zentrum ein sozialisiertes Rundfunksystem angesiedelt ist, die in der Tat dazu beitragen, der Ex-SED den Erwerb von Regierungsämtern in der BRD zu sichern, dürfte im Ergebnis der Aneinanderreihung von 68ern und NS-Bewegung als bewältigungsbedürftig, politisch erfolgreich entgegengehalten werden: Die 68er „waren antiautoritär, die Nazis totalitär, sie wandten sich gegen Krieg, die Nazis machten Krieg; die 68er traten für die Durchsetzung demokratischer Freiheitsrechte ein, während der Nationalsozialismus mit seinen Wegbereitern eine Versklavungsbewegung war und jegliche Demokratie abgeschafft hat“, so der Leserbrief von *Tilman Fichter* im „Spiegel“ Nr. 10/2008, vom 03.03.2008, S. 15.

### **Terror und Gewaltherrschaft (Opferperspektive)**

Dieser Verteidigung der deutschen 68er ist entgegenzuhalten: Man stelle sich vor, der Boykott jüdischer Geschäfte, die öffentlichen Bücherverbrennung, der „Röhmputsch“ und die „Reichskristallnacht“ hätten auf einmal stattgefunden, sich dabei aber nicht nur auf jeweils etwa einen Tag beschränkt, sondern sich über zwei Jahre hingezogen, mit einer über ein Jahrzehnt dauernden Abwicklung durch Landverschickung zur Zwangsarbeit und KZ-Einweisung mit Folter. Dann bekommt man eine Vorstellung vom Horror der großen „Proletarischen Kulturrevolution“, die sich etwa zeitgleich zur westlichen 68er-Bewegung und für diese inspirierend in der Volksrepublik China vollzog. Allein die unmittelbaren Todesopfer dieser von der kommunistischen Diktatur losgelassenen Anarchie belaufen sich auf 1 bis 1,5 Millionen. Diese Schätzung soll hier nur angeführt werden, um eine Bewertung der vielleicht doch bewältigungsbedürftigen Tatsache zu erlauben, daß bundesdeutsche 68er seinerzeit mit dem Poster des Hauptverantwortlichen dieses anarchistischen Staatsterrors, nämlich des KP-Vorsitzenden *Mao Zedong*, demonstriert und sich auf dessen Kampf-Schrift, die sog. Mao-Bibel mit einer bundesdeutschen Gesamtauflage von 140 000 Stück bezogen haben. Die deutschen 68er können sich nicht darauf hinausreden, daß sie über den Horror der kongenialen Kulturrevolution in China nichts gewußt hätten, was ja eine Entschuldigung darstellt, die sie bei der kritisierten Vätergeneration absolut nicht gelten ließen. Schon 1967 hat der wirklich vorsichtig argumentierende Chinaexperte Prof. *Domes* berichtet, daß Mao-Kritiker „durch die Straßen geschleift, geschlagen, gedemütigt, gefoltert und mit Sicherheit in vielen Fällen auch getötet“ worden seien. Sie „zerstörten Tempel, christliche Kirchen...“. Am 24. Januar 1967 hatte der Außenminister der Volksrepublik China in einer erzwungenen „Selbstkritik“ mitgeteilt, „daß allein im Spätsommer und Herbst 1966 mehr als 400 000 Kader physisch liquidiert worden“ waren.

Wie ist diese nun wirklich unter 68ern weit verbreitete *Mao*-Verehrung in Verbindung zu bringen zu dem „demokratischen Bewußtsein“, dessen sich diese 68er berühmen? Dies ergibt sich aus dem Klapptext des Buches von *Jan Myrdal*, *China - Die Revolution geht weiter*,

erschienen im dtv-Verlag: „Mao lehrte seine Landsleute, ... Demokratie als absolute Gleichberechtigung zu verstehen, allerdings mit einer ebenso absoluten Unterordnung des einzelnen unter die Beschlüsse der Gemeinschaft“. Diese Beschlüsse, denen man sich absolut, also mit sog. Kadavergehorsam unterordnen muß, sollen natürlich durch die Erkenntnisse des großen Vorsitzenden zum Ausdruck kommen. In Klapptext des Buches des Sohnes der Chefideologen der schwedischen Sozialdemokratie, des Ehepaars *Myrdal*, das einst dem deutschen Nationalsozialismus als Bewegung der Jugend durchaus aufgeschlossen gegenübergestanden war, ist dann eine Würdigung des Buches durch den Westdeutschen Rundfunk, einem Hort linken bundesdeutschen Demokratiebewußtseins abgedruckt: „Das (nämlich die großen Fortschritte Chinas unter der Führung Maos, *Anm.*) in einer ... verständnisvollen Weise dem Leser vermittelt zu haben, ist das einzigartige Verdienst von Jan Myrdal“.

Die Maxime, daß zumindest die Opferperspektive die Bewältigungsbedürftigkeit des 68er Phänomens gebietet, führt aber noch weiter: *Elizabeth Becker*, die ein sehr beeindruckendes Buch über Kambodscha und dabei auch über das Herrschaftssystem von Bruder Nr. 1, also *Pol Pot*, geschrieben hat, stellte die 68er-Generation als politisch-ideologische Strömung damit wie folgt in Verbindung: „Der Unterschied zwischen den Roten Khmer und den meisten ihrer revolutionären romantischen Zeitgenossen, der einem das Herz stillstehen läßt, besteht darin, daß die Kambodschaner tatsächlich gewannen und ihre revolutionären Ideen verwirklichten“ (s. S. 288 des Buches: *When the War was over*, 1986). Bekanntlich haben die Roten Khmer das für den Sozialismus zentrale demokratische Recht auf Arbeit verwirklicht; wer sich dieser der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit geschuldeten Verpflichtung und damit dem Sklavenlager entzog, welches das ganze „Demokratische Kambodschea“ darstellte, kam nicht ins Gefängnis, da diese, sieht man von revolutionären Befragungszentralen ab, dem Freiheitsideal entsprechend abgeschafft waren und man deshalb nur vom Leben befreit werden konnte. Nun könnte man sagen, daß die Kollektivzurechnung doch etwas zu weit geht, wenn man die 68er insgesamt auch noch für das sog. Autogenozid in Kambodscha verantwortlich machen würde, bei dem etwa ¼ der Bevölkerung vom Leben befreit wurde, was auf die damalige BRD übertragen auf ca. 15 Mio. Todesopfer hinausgelaufen wäre. Der relativ konkrete Zusammenhang zwischen bundesdeutschen 68ern und *Pol Pot* läßt sich allerdings folgender *FAZ*-Meldung vom 31.01.2001, S. 10 entnehmen:

„Am 15. April 1980 sandte der Sekretär des KBW (Kommunistischen Bundes Westdeutschland, *Anm.*) Hans-Gerhart Schmierer ein Glückwunschtelegramm in die Dschungelfestung des Roten Khmer „an den Genossen Pol Pot“ ... Der KBW sammelte für die im Dschungel untergetauchten Reste der Roten Khmer 238 650 Mark“.

Dabei ist hervorzuheben, daß Grußbotschaft und Geldüberweisung, also die Finanzierung eines politischen Massenmörders durch bundesdeutsche 68er, getätigt wurden als in der Zeitschrift *Der Spiegel* bereits ein Artikel seines bekannten Ostasienkorrespondenten *Tiziano Terzani* mit folgenden entscheidenden Aussagen erschienen war: „Überall, wo ich anhielt ... fand ich Massengräber und Vernichtungsfelder. Manchmal ließ es sich nicht vermeiden, über Knochen von Menschen zu gehen, die zwischen 1975 und 1978 umgebracht worden waren“ (s. den *Spiegel*-Artikel „Ich höre noch Schreie in der Nacht“, Nr. 16/1980, S. 164 f.). Schon am 14. April 1976 hatte die maoistische KPD in Dortmund anläßlich einer Festveranstaltung zum ersten Jahrestag der Machtergreifung von *Pol Pot*, d.h. der Eroberung der Hauptstadt Phnom Penh und den Beginn der Massenevakuierung der Millionenbevölkerung in den Dschungel zur sozialistischen Zwangsarbeit ihre „bedingungslose Unterstützung“ für *Pol Pot* erklärt. Der Mitbegründer der „alternativen“ *TAZ*, *Michael Sontheimer*, hat die

Unterstützung für *Pol Pot* durch deutsche 68er wie folgt gerechtfertigt: „Die Verbrechen, die Pol Pot und seine Genossen ... nach der „Befreiung“ ... an ihrem Volk begingen, waren so ungeheuerlich, daß sie am besten gleich verdrängt wurden“ (s. Kambodscha – Land der sanften Mörder, 1990, S. 13). Diese Einlassung eines Vertreters der bundesdeutschen 68er ist aber nicht besonders glaubwürdig, abgesehen davon, daß hier wiederum das üblicherweise so verdammenswerte „Wegschauen“ und „Verdrängen“ zu konstatieren ist. Man mag zwar nicht die Einzelheiten gewußt haben, wie etwa den rituellen Kannibalismus, bei dem man die Leber des Klassenfeindes verspeiste, daß aber zum Heil der Menschheit sozialistisch gemordet wurde, war sehr wohl bekannt und wurde dem Sozialismus als Morallehre ohne Moral konform als wohl unvermeidbar und geschichtsnotwendig, also als nicht besonders bewältigungsbedürftig hingenommen.

Die Notwendigkeit der Bewältigung des 68er-Phänomens, das sich damit wohl aufdrängt, wird vielleicht die Antwort auf folgende Frage ergeben: Kann man wirklich davon ausgehen, daß die 68er, wie *Elizabeth Becker* in ihrem Buch über Kambodscha unterstellt, *Pol Pot*-artige Verhältnisse verwirklicht hätten, wenn es ihnen auch außerhalb dieses asiatischen Landes, etwa in Deutschland gelungen wäre, die Macht zu übernehmen? Diese Frage ist zumindest auf einer ideologischen Ebene - wie sich dies realpolitisch dargestellt hätte, kann natürlich nicht gesagt werden - eindeutig zu bejahen. Neben der berühmten „Fischmehlfabrik“, die unter K-Gruppenanhängern angedroht wurde – wobei sich die damaligen Protagonisten noch immer darüber streiten, ob damit nur ein Arbeitslager, also KZ-Einweisung gemeint war oder doch ein Vernichtungslager -, kann die Einschätzung der Folgen einer möglichen 68er-Machtergreifung an dem maßgeblichen Idol der 68er, nämlich *Ernesto Che Guevara* belegt werden; dieser war von Geburt und sozial privilegierter Abstammung nach Argentinier, er hat aber die kubanische „Revolution“, d.h. den Umsturz von *Fidel Castro* und die Errichtung einer karibisch-kommunistischen Diktatur wesentlich geprägt. „Er, nicht Fidel, erfand 1960 das erste Lager für Besserungsarbeit (wir würden Zwangsarbeit sagen), das auf der Halbinsel Guanaha errichtet wurde“, so die Einschätzung seines zeitweiligen Mitläufers und späteren Beraters des französischen Sozialisten *Mitterand, Régis Debray*. Als unfähiger Industrieminister und Zentralbankdirektor hat „Che“ maßgeblich den Niedergang der kubanischen Wirtschaft bewirkt. Er hat den kubanischen Totalitarismus vorbereitet, indem er schon vor der Machtergreifung besondere Härte zeigte, mit der er Munddiebstahl ohne irgendeine Art von Prozeß mit Erschießung verfolgen ließ. „Nach dem Sieg übernimmt Guevara das Amt des „Anklägers“ und entscheidet über Gnadengesuche. Auf jeden Fall ist das Gefängnis La Cabaña, in dem er amtiert, Schauplatz zahlreicher Hinrichtungen, insbesondere von ehemaligen Waffengefährten, die demokratisch bleiben“, so die Einschätzung im „Schwarzbuch des Kommunismus“. Es war vor allem *Guevara*, der für die Rekrutierung der kubanischen Jugend in Organisationen verantwortlich war, die dem Kult des neuen Menschen huldigten.

Wie konnte eine derartige mörderische Figur zum Gegenstand eines weltweit blühenden, aber insbesondere in der BRD wirkenden Jugendkults werden, der vor allem dem toten „Che“ galt und sogar Anzeichen eines quasi-religiösen Auferstehungsglaubens zeitigte? Als Argentinier sozial privilegierter Abstammung erschien „Che“ im Gebaren und Typus („Rasse“) noch „europäisch“ genug, um bei revolutionsbedürftigen 68er-Deutschen eine genuine Identifizierung herbeizuführen; bei einem wirklichen Kubaner hätte sich dies etwas artifiziell ausgenommen wie die Demonstrationen mit *Mao*- und *Ho*-Bildern. *Enzensberger* schrieb seinerzeit vom „rücksichtslosen manichäischen Blick“, den die Weltvölker auf ihre Unterdrücker werfen. Die manichäische Weltbrand- und Reinigungs-Lehre hat der jugendlich wirkende „Che“ für ein westliches Publikum am besten verkörpert: Nach *Sven G. Papcke* habe „Che“ eine „Lehre vom Menschen“ entworfen, die „die Annihilation des anderen

fordert, um jenseits aller Egozentrik neue, menschliche Zustände zu schaffen“. Daß diese Selbsterschaffung des „neuen Menschen“ nur durch den „absoluten Krieg“ möglich wäre, den ein früherer Vertreter des manichäischen Typus als „totalen“ angesehen hatte, die nichts anderes als „die Erlösung der Menschheit“ zum Ziele hat, ist natürlich klar. Um diese Menschheitserlösung zu erreichen, müßten - so „Che“ - die „Soldaten der Revolution“ beseelt sein vom „unbeugsamen Haß dem Feind gegenüber“, der die Menschheitserlöser, „in eine wirksame, gewaltsame, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt“. *Holthusen* hat sicherlich richtig beobachtet, wonach mit „Che“ die „extrem autoritätsfeindliche und ehrfurchtslose Jugend die Epiphanie des Heldischen erlebte: „Selbstlosigkeit, Unbedingtheit, Todesverachtung, Großmut und - Grausamkeit.“ Letztlich feierten mit „Che“ die Tugenden der vorausgegangenen Weltkriegsepoche, die man als „faschistisch“ einordnet, in Gestalt eines - angeblich - unbefleckten Weltrevolutionärs ihre Wiederauferstehung (so in etwa auch *Gerd Koenen*). Wenn der „*Spiegel*“, natürlich im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, immer wieder die Frage aufwirft, wie normale Deutsche zu Mördern hätten werden können, dann soll er doch den Weg analysieren, der zu den aus den 68ern hervorgegangenen Terroristen geführt hat. Am konsequentesten ist dieser Weg von *Andreas Baader* gegangen worden, der sich als Weltrevolutionär schlechthin in der Nachfolge *Guevaras* sah. Mit *Baader* ist angedeutet, daß die 68er-Ideologie keine bloße Theorie geblieben ist, sondern wesentlich das Phänomen RAF (Rote Armee Fraktion) getragen hat. Deren Terrorismus war bislang das einzige Phänomen, das die politische und verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik wirklich hatte erschüttern können. Von sogenannten oder auch tatsächlichen Neo-Nazis hat der Bundesrepublik Deutschland auch nicht im Entferntesten eine derartige fundamentale Gefährdung gedroht. Wenn ist es nicht zum Schlimmsten gekommen ist und daher die 68er ihre Mythen einer moralischen Selbsterhöhung pflegen und verbreiten können, dann ist dies wahrlich nicht ein Verdienst der 68er selbst, sondern vielmehr ihrer konservativen Gegner, die die 68er davor bewahrt haben, in den politischen Massenmord abzugleiten.

## **NS-Charakter des deutschen 68er Phänomens**

Nun könnte man einwenden, daß eine derartige Gewaltherrschaft nicht bewältigungsbedürftig wäre, die bis zur Verwandlung eines ganzen Landes in ein unter demokratischen Parolen verwaltetes Sklavenlager hätte gehen können, wenn sich die 68er gewaltsam durchgesetzt hätten. Ein Gewaltregime der 68er hätte nämlich allenfalls ein Linksregime bedeutet und dieses muß ja, wie der Umgang mit dem DDR-Regime zeigt, nicht wirklich bewältigt werden. Zwar ist *Heinsohn* in seinem „Lexikon der Völkermorde“ (s. S. 243 ff.) zu der Erkenntnis gelangt, daß unter „keiner Weltanschauung ... in der Menschheitsgeschichte größere Mega-Tötungen vollzogen (wurden) als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten“. Diese Opfer scheinen aber bewältigungspolitisch weitgehend irrelevant zu sein, da sie wohl dem Menschheitsfortschritt geschuldet sind. In diese Kategorie wären dann auch die tatsächlichen und potentiellen Opfer der 68er einzuordnen, d.h. diese dürfen oder müssen gar, vielleicht sogar nachhaltig, ins Vergessen verdrängt werden.

Schon nach den etwas eigenartigen Prämissen bundesdeutscher Bewältigungspolitik, könnte sich die Bewältigungsbedürftigkeit der 68er jedoch dann ergeben, wenn es sich dabei um ein Phänomen handeln würde, das doch irgendwie als „faschistisch“ zu kennzeichnen wäre. In diese Richtung geht durchaus eine Selbstkritik aus den Reihen ehemaliger 68er, wie sie etwa von *Gerd Koenen*, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977* geäußert worden ist und wie sie auch *Götz Aly* mit seinem Buch mit dem sich selbst

erklärenden Titel „Unser Kampf 1968“ geäußert hat. Dort wird etwa die Einsicht des amerikanischen Außenministers *Henry Kissinger* mitgeteilt, wonach die studentischen Rebellen in Deutschland „nazistischer als etwa die NPD“ sein würden. Der jüdische Professor *Ernst Fraenkel* bemerkte in diesem Zusammenhang, daß die Judengegnerschaft auf der rechten politischen Seite nicht in Erscheinung trete, wohl aber auf der linken und es sei erschütternd, „mit welcher Inbrunst die ahnungslosen Jünglinge und Jungfrauen ... ihre proarabischen Sprüche herunterleierten.“ Diese Problematik führte im Laufe der Entfaltung der deutschen 68er-Ideologie in den politischen Terrorismus zum Vorfall in Entebbe, wo deutsche Linksterroristen die jüdischen Passagiere eines entführten Flugzeuges der Air France in einem Selektionsverfahren von den übrigen Passagieren trennten, ersichtlich, um jene eine „Sonderbehandlung“, nämlich Geiselmordung, angedeihen zu lassen: „Daß Linke dies dreißig Jahre nach Auschwitz fertig brachten, gehört bis heute für mich zu den traurigsten und schlimmsten Kapiteln der 68er-Bewegung“, so der Kommentar eines 68er-„Renegaten“. Aus eigentlich aufklärungs- und damit bewältigungsbedürftigen Gründen ging der Weg der deutschen 68er, ersichtlich einer inneren sozialistischen *Ideologik* folgend, vom „zutiefst moralischen Antifaschismus zum mordbereiten Antizionismus“, also von „Auschwitz nach Entebbe“ „ein Weg, der für *alle* deutschen Terroristen, jedenfalls in den siebziger Jahren, zum geheimen Gravitationszentrum ihrer Aktionen wurde,“ so immerhin *Koenen*.

Die Bewältigungsbedürftigkeit des „Faschismus“, womit meist der deutsche Nationalsozialismus gemeint ist, wird in den staatlichen Bewältigungszeremonien in der Regel auf den deutschen Nationalismus zurückgeführt, der für Krieg, Gewaltherrschaft und Holocaust verantwortlich sein soll, obwohl derartige Erscheinungen ansonsten doch eigentlich mehr dem Sozialismus oder vergleichbaren Fortschrittsdoktrinen zugeschrieben werden müssen, außer natürlich im Falle der Deutschen. Da aber die deutschen 68er das Gegenteil von Nationalisten waren, können sie dann - so die offiziöse Auffassung - in keine NS-Tradition gestellt werden. Das Selbstverständnis der deutschen 68er als Antinationalisten ist jedoch deshalb verfehlt, weil bei ihnen durchaus ein Nationalismus vorhanden war, der sich allerdings als entschiedener Fremdnationalismus zum Ausdruck brachte. Die Bewegungen der sog. Dritten Welt, die sie unterstützt haben und deren Führer, wie „*Mao*“ oder „*Ho*“, sie als Idole verehrt haben, waren nämlich durchaus extreme Nationalisten. *Mao* war ja in der Tat, wie andere chinesische Kommunisten auch, auf Befehl des großen Genossen *Stalin* Mitglied der nationalistischen Kuomintang gewesen und *Mao* hat nach dem Bruch der chinesischen Kommunisten mit den Nationalisten lange gezögert, wem er sich bleibend anschließen soll und sich vor allem deshalb für den Kommunismus entschieden, weil dieser zur größeren Gewaltabwendung bereit war.

Der schließlich in China erfolgreiche Maoismus hat zwar im Unterschied zum deutschen Nationalsozialismus die Bezugnahme auf den Marxismus beibehalten, diesen jedoch so modifiziert, daß man aus einer marxistisch orthodoxen Sicht mit *Stalin* den Vorwurf erheben kann, daß er die Grundsätze des Marxismus verkannt hat und eigentlich auf eine inhaltliche Verabschiedung vom Marxismus hinausgelaufen ist. So hat der Maoismus die Klassen des Klassenkampfes kaum als soziologische Kategorie aufgefaßt, sondern sie als rein ideologische Gattung verstanden, so daß sich der Klassenkampf gegen alle politischen Gegner der chinesischen Volksgemeinschaft richten konnte. Insbesondere bei *Pol Pot* kam dann der rassistische Charakter der Klassenkampfkonzeption sogar explizit zum Vorschein, ging es bei seiner Revolution doch darum, mit kommunistischen Methoden die „Dauerhaftigkeit der kambodschanischen Rasse“ zu sichern. Man muß allerdings sagen, daß sich eine derartige Konzeption durchaus schlüssig aus dem Marxismus ableiten ließ, geht doch die Vorstellung des Klassenkampfes auf eine Rassenkampfkonzeption zurück: Man führte nämlich Ende des 18. Jahrhunderts das Entstehen einer Klassengesellschaft darauf zurück, daß sich eine im

Krieg siegreiche Rasse als führende Klasse etabliert hatte. Dementsprechend wurde etwa beim Historiker *Augustin Thierry*, auf den sich *Karl Marx* vor allem stützte, der Sieg der Bourgeoisie über die Aristokratie in der Französische Revolution als Sieg der Gallier über die Germanen verstanden. Der in diesem Sinne nationalistische, ja rassistische Charakter der 68er-Bezugspunkte wird nachträglich etwa von dem schon angeführten *TAZ*-Redakteur *Sontheimer* zugestanden, der rechtfertigend meint, die westlich aufgeklärten deutschen 68er hätten die nationalistischen und rassistischen Ressentiments der sozialistischen Dritt-Welt-Bewegungen, die für den politischen Massenmord verantwortlich gemacht werden, nicht erkannt. Diese Einlassung ist insofern unglaublich, weil bei den zahlreiche Demonstrationen gegen den Krieg in Indochina fremdnationalistische Parolen wie „Vietnam den Vietnamesen“ mitgeführt wurden, was dann, wenn das zugrunde liegende Prinzip richtig ist, auch die „rechtsextreme“ Parole „Deutschland den Deutschen“ rechtfertigt, der die deutschen 68er dann auf etwas entfremdete Weise dann erkennbar nicht so fern standen.

Wie läßt sich nun die sich aufdrängende Ähnlichkeit zwischen deutschen 68ern und der NS-Bewegung der 30er Jahre erklären? Einen wichtigen Hinweis vermag vielleicht der Politikwissenschaftler *Wilhelm Hennis* zu geben, der seinerzeit die 68er wie folgt in Relation zu den 33ern setzte: „Ich kenne eigentlich niemanden, der die Nazis aus eigener Anschauung gefürchtet hat, den am Nazismus reaktionäre, obrigkeitsstaatliche oder antidemokratischen Tendenzen besonders bedrückt hätten, sondern: das Tyrannische, Zwingende, Unfreie, alles in Marsch setzende, das Totalitäre im wirklich privat-existenziell erfahrenen Sinne, die Herstellung einer unentrinnbaren Wir-Atmosphäre, das Gefühl, daß ständig etwas geschieht, Aktionen bevorstehen – dies war es doch – was die Menschen fürchten ließ. Der Stahlhelm war reaktionär, die SS wohl kaum. Herr von Papen war für den Obrigkeitsstaat, Hitler sicher eher für die *levée en masse*, genannt ‚Bewegung‘. Im Nationalsozialismus nur das Autoritäre, Obrigkeitsstaatliche zu sehen, aber das Element der Bewegung nicht sehen zu wollen, heißt, ihn so gut wie nicht zu erkennen.“

Nun bringt aber der Sozialdemokrat *Hennis* auch nicht auf den Punkt, was dann eigentlich beim Nationalsozialismus bewältigungsbedürftig ist, wenn es die reaktionären Züge nicht oder nicht unbedingt sind, sondern etwas anderes, was die 68er, soweit es sich um ein deutsches Phänomen handelt, dem Nationalsozialismus doch sehr ähnlich erscheinen ließ. Bei dieser Gemeinsamkeit kann es dann nur um den entscheidenden sozialistischen Aspekt gehen. Auch wenn der sozialistische Charakter der Nationalsozialismus von konkurrierenden Sozialisten und teilweise auch von NS-Sympathisanten, trotz der parteiamtlichen Selbstbezeichnung in der Regel wütend bestritten worden ist: Die wesentlichen Aspekte des Nationalsozialismus, die ihm zu Recht als bewältigungsbedürftig vorgehalten werden, ergeben sich aus der sozialistischen Tradition des 19. Jahrhunderts, die vom offiziellen Sozialismus, also der SPD, die einmal als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ firmiert ist, teilweise verdrängt wurden, um dann als Sozialismushäresie hervorzutreten. Als Beleg darf hier auf die Ansichten des nachträglich zum SPD-Gründer ernannten *Ferdinand Lassalle* verwiesen werden, die sein Biograph *Thilo Ramm* in seinem 1956 erschienen Werk „Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph“ im Hinblick auf das „Übergangsstadium“ wie folgt zusammenfaßt (s. S. 214 f.): „...führt doch der Weg in die Freiheit durch den denkbar größten Zwang, wird doch der Friede der Menschheit durch Vernichtungskriege erreicht, das ‚irdische Paradies‘ durch Betrug und Mord verwirklicht und im Namen des Glücks und der Wohlfahrt der Menschheit unzählige Familien zerstört, Menschenleben vernichtet und Völker ausgerottet... Der kurze Zeitraum, der zwischen Goethes Tod und Lassalles erstem öffentlichen Auftreten lag, genügte, daß ein Denker von dem geistigen Niveau eines Lassalle den politischen Terror und die Ausrottung der Völker mit

dem Humanitätsideal verbinden konnte... Er hat die nationalstaatliche Idee bis zum Imperialismus, den Gedanken der deutschen Sendung bis zur Forderung der deutschen Weltherrschaft geführt. Lassalle hat gezeigt, daß auch von der idealistischen Philosophie her eine Brücke zum Kommunismus geschlagen werden konnte. Hierin und in seiner Verbindung zwischen Kommunismus und Nationalismus, die ihn zum Theoretiker eines nationalen Sozialismus und Kommunismus werden ließ, liegt seine Bedeutung.“

Auch wenn der Nationalsozialismus und mit ihm seine amtliche bundesdeutsche Bewältigung so getan hat oder tut als sei er allein der Genialität *Hitlers* entsprungen, der damit wohl eine - rassische? - deutsche Veranlagung zur Entfaltung brachte, so ist schon von anderen wie vom Ökonomen *von Hayek* oder vom späteren Bundespräsidenten *Theodor Heuß* erkannt worden, daß der SPD-Gründer *Lassalle* als wesentlicher Vorläufer des Nationalsozialismus angesehen werden muß. Insbesondere die Konzeption der demokratisch begründeten sozialistischen Führerdiktatur ist beiden gemein. Aus der sozialistischen Tradition resultiert auch der spezifische Antisemitismus, der das Judentum mit dem durch den Sozialismus zu überwindenden Kapitalismus gleichgesetzt hat und die Vorstellung, daß die individuelle Freiheit durch die Freiheit des Volks „aufgehoben“ werde und daher Grundrechte im Sozialismus nur noch etwas theoretisches sein würden. Dazu kommt die Vorstellung, daß in der Industriegesellschaft der Staat die Selektionsmechanismen übernehmen müsse, die Darwin in der Natur erkannt hatte. Die politische Eugenik, die etwa beim maßgeblichen SPÖ-Arzt *Julius Tandler* zur Befürwortung der Euthanasie führte, spielte im Diskurs der Sozialdemokratie etwa von 1900 bis in die 1930er eine bedeutende Rolle und ergab sich ideologisch aus dem Bemühen, im Darwinismus den naturgeschichtlichen Beweis für den Marxismus zu erkennen.

Der SPD-Ideologe *Ludwig Woltmann*, der dann zwar mit der SPD brach, weil er den Marxismus als zu utopisch erkannte und ihm vorwarf, mit seinem Internationalismus den Darwinismus zu verkennen, sah von *Marx* ausgehend bei der modernen industriellen Arbeiterschaft eine rassenmäßig höher stehende germanische Elite am Werk und sprach sich deshalb zur Verwirklichung des Sozialismus für „Entmischung“ der europäischen Rassen mittels künstlicher Rückzüchtung aus. Mit *Woltmann* hat sich auch der Nationalsozialismus vom Marxismus verabschiedet, eine Entwicklung, die wesentlich schon auf *Eugen Dühring* zurückgeht. Als sich dieser nicht zuletzt wegen des sog. Anti-Dühring von *Friedrich Engels* nicht als maßgeblicher SPD-Ideologe durchsetzen konnte, als der er sich bereits gesehen hatte, erkannte er im Marxismus und in den „modernerer Lehren von Lassalle“ eine „israelitische Verfälschung“ der hehren Sozialismus-Idee, was nur zu einem unterdrückenden Staatskapitalismus führen könne. Die wesentliche Transformation, die vom klassischen Sozialismus zum NS führte, stellte dann die Ersetzung des Proletariats durch die Nation als Agens des Fortschritts dar, wobei allerdings der Arbeiter weiterhin der Kern der Nation blieb: deshalb NSDAP. Diese sich durchaus aus der sozialistischen Ideenströmung ergebende Transformation wurde insbesondere in den Kriegsschriften des SPD-Reichstagsabgeordneten *Paul Lensch* vorgenommen, der den Ersten Weltkrieg als Weltrevolution erkannte. Sein Mitstreiter Prof. *Plenge*, Doktorvater des späteren SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher*, hat ausdrücklich die Vorläuferrolle für den Nationalsozialismus in Anspruch genommen, was ihm wie auch *Werner Sombart* allerdings im Interesse der Wahrung der Genialität *Hitlers* NS-seitig bestritten worden ist. *Sombart*, den *Engels* als „etwas eklektischen Marxisten“ angesehen hatte, war vielen schon als der künftige SPD-Cheftheoretiker erschienen.

Diese im allgemeinen schamhaft verschwiegen ideologischen Übergänge von klassischer SPD-Ideologie und Nationalsozialismus, die sich hierbei auftun, erklären den nationalsozialistisch oder „faschistisch“ erscheinenden und damit auch nach amtlicher Lehre



bewältigungsbedürftigen Charakter der deutschen 68er. Dabei ist noch darauf hinzuweisen, daß Ausgangspunkt der deutschen 68er der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) gewesen ist, der ursprünglichen Studentenorganisation der SPD. Diese mußte sich vom SDS absetzen, um glaubwürdig die Position vertreten zu können, sie hätte sich mit dem 1959 beschlossenen Godesberger Programm offiziell vom Marxismus als Parteidoktrin verabschiedet. Die gewisse Heimat- und Bindungslosigkeit, die sich aus dieser Abgrenzung der Mutterpartei bei den angehenden 68ern ergab, führte zu einem Voluntarismus, der den späteren BRD-Staatsphilosophen *Jürgen Habermas* veranlaßte, relativ frühzeitig die Gefahr eines „linken Faschismus“ zu erkennen, da Verwandtschaft „mit gewissen, an Sorel anknüpfenden linken Tendenzen des frühen italienischen Faschismus“ zu erkennen wären. An dieser Einschätzung ist bemerkenswert, daß demnach der Begriff „Faschismus“, womit vielleicht der Nationalsozialismus gemeint sein könnte, durchaus mit „links“ verbunden werden konnte. Ja es wurde zur Erklärung gewisser Tendenzen der bundesdeutschen 68er sogar, was sonst bewältigungspolitisch tabuisiert wird, ein linker Ausgangspunkt des historischen (italienischen) Faschismus anerkannt, so daß die Kennzeichnung „linker Faschismus“, nicht nur polemisch oder metaphorisch gemeint sein konnte. Dazu kommt, daß der Verfasser des Werkes, das als „die Bibel der APO“, also der sog. Außerparlamentarischen Opposition ausgemacht werden kann, nämlich *Giovanni* bzw. *Johannes Agnoli* - vorübergehend im NS-Deutsch: *Aknoli* -, seinen Weg vom Bewunderer *Mussolinis* und italienischen Kriegsfreiwilligen der Wehrmacht im Partisanenkrieg in Jugoslawien über die SPD-Mitgliedschaft zum Wortführer der APO machte, deren Kern der SDS darstellte. Die maßgeblichen Thesen von *Agnoli* über die „Transformation der Demokratie“, welche die APO begeisterten, gehen dabei unverkennbar auf eine entsprechende prä- oder frühfaschistische These, insbesondere auf *Vilfredo Pareto* zurück.

Auch insofern ist daher der NS-ähnliche Charakter der deutschen 68er kaum zu bestreiten. Letztlich ergibt sich diese Ähnlichkeit aus der Ähnlichkeit des ideologischen Ausgangspunkts von 68er und Faschismus, die jeweils aus der Krise der Sozialdemokratie resultierte. Der sog. Revisionismus-Streit innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, also die Frage, wie die Glaubenssätze des Marxismus politisch einzuschätzen seien, hatte dann nicht nur zur Abspaltung des Kommunismus von der klassischen Sozialdemokratie geführt, sondern auch einen Linksrevisionismus hervorgebracht, welcher als wesentlicher Ausgangspunkt des Faschismus angesehen werden kann. Mit den späteren sozialistischen Unabhängigkeitsbewegungen der sog. Dritten Welt teilte dieser Sozialismus der dritten Art, also des Dritten Reichs und der dritten Welt, die Ansicht, daß die nationale Unabhängigkeit Voraussetzung des Sozialismus sei oder umgekehrt der Sozialismus die nationale Unabhängigkeit unter den Bedingungen des Weltkapitalismus gewährleiste. Unter politisch geänderten Bedingungen wiederholte sich dieser Ideologiekonflikt, als sich die SPD mit dem Godesberger Programm vom Marxismus verabschiedete, was dann zur Abspaltung der 68er führte, die deshalb gleichermaßen kommunistische wie faschistische Charakteristika aufwies.

## **Wiederholungsgefahr**

Neben der Opferperspektive, die aber nur bei (angeblich) rechten Regimes interessiert und dem faschistischen Charakter der zu bewältigenden Bestrebungen, ergibt sich nach den Prämissen bundesdeutscher Bewältigungspolitik die Bewältigungsbedürftigkeit eines politischen Phänomens aus der Wiederholungsgefahr. Diese wird bei Deutschen, wohl rassistisch bedingt, nur im Hinblick auf den Nationalsozialismus angenommen, während die Gefahr der Wiederkehr des International-Sozialismus nicht zu bestehen scheint oder dann wohl als gar erwünscht angesehen wird.

Nun könnte man sagen, daß die 68er ja politisch integriert sind. Aus den ehemaligen Mitgliedern der sog. K-Gruppen, deren prominenteste Variante wohl der KBW als Vertreter des virtuellen Totalitarismus darstellte, rekrutierten sich nach einer 1987 vorgenommenen Schätzung (und damaligem Stand) 21% der Amts- und Mandatsträger der Partei „Die Grünen“. So konnte der frühere KBW-Chef und Pol Pot-Unterstützer *Schmierer* unter Außenminister „*Joschka*“ *Fischer* von der ehemaligen Putz-Fraktion einen Job im Beraterstab des Außenministeriums erhalten. Die Karrieren von Mitgliedern einer anderen K-Gruppe, der maoistischen KPD, die ebenfalls zu den entschiedenen *Pol Pot*-Unterstützern zählte, stellen dar: „Vizepräsidentin (des Deutschen Bundestags, *Anm.*), Chefredakteur des Handelsblatts, Sektenbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, angehender Kommentator der Welt, Parteivorsitzende der Grünen, Professor für osteuropäische Geschichte, erfolgreicher Sachbuchautor mit starken philosophischen Neigungen, Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung, enge Mitarbeiterin der Vertriebenenpräsidentin *Erika Steinbach* und vieles mehr“ (so *Goetz Aly*, *Unser Kampf* 1968, S. 21). Nun könnte man sagen, daß diese Integration so erfolgreich verlaufen ist, daß daraus keine Wiederholungsgefahr erwachsen kann. Allerdings haben gerade die 68er die erfolgreiche Integration ehemaliger NSDAP-Funktionäre in der BRD als besonders anstößig empfunden, obwohl von dem antifaschistisch gehöhrfeigten Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* (Ex-NSDAP, CDU) und dem nicht antifaschistisch gehöhrfeigten, sondern nur vom Ex-SS-Mann *Günther Graß* besserwisserisch belehrten Bundeswirtschaftsminister *Karl Schiller* (Ex-NSDAP, SPD) nun wirklich keine „faschistische“ Gefahr ausgegangen war. Allerdings sah der Großpsychologe *Mitscherlich* wegen der sehr erfolgreichen Integration der Ex-Nazis die BRD unter „einem unheilvollen, fast unausweichlichen Wiederholungszwang“ zu stehen, der sich dann durch die 68er realisiert haben dürfte.

Aufgrund der Prämissen bundesdeutscher Bewältigung ist zu schließen, daß wegen des immer noch unbewältigten Sozialismus die Wiederholungsgefahr im folgenden besteht: Es fehlt den „Antifaschisten“ die Erkenntnis, daß sie vielleicht selbst die eigentlichen „Faschisten“ sind. Bekanntlich ist das wesentliche politische Anliegen der nunmehr etablierten 68er aller Parteien und Strömungen, was sogar bis zur Katholischen Kirche geht, der „Kampf gegen Rechts“. In welcher Tradition sich dabei die 68er und damit die derzeit maßgebliche politische Klasse sich einordnen, läßt der Tatsache entnehmen, daß *Hitler* Anfang 1945 sein sich abzeichnendes Scheitern darauf zurückgeführt hat, „den Schlag gegen rechts“ unterlassen zu haben. Das wäre die „große Unterlassungssünde“ des Nationalsozialismus gewesen. *Hitler* dürfte dabei mit „rechts“ zumindest in der Tendenz etwas ähnliches verstanden haben, wie die Maoisten, wenn sie gegen „Rechtsabweichler“ vorgingen oder eben die deutschen 68 in ihrem „Kampf gegen Rechts“, nämlich die Restbestände der überlieferten religiösen und mentalen Tradition, insbesondere die als „kapitalistisch“ bekämpfte Privatwirtschaft.

Bekanntlich konnte der Nationalsozialismus diesen Komplex nicht wirklich überwinden, weil er sich in der sog. Legalitätstaktik verfangen sah, war er doch im Bündnis mit der traditionellen politischen Rechten an die Macht gelangt, die sich zur Lösung der politischen Krise dazu bereit gesehen hat und deshalb auch dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, allerdings nur unter der Maßgabe, daß spätestens mit dem 1.4.1937 wieder normale verfassungsrechtliche Zustände hergestellt würden. Diese Legalitätstaktik hat seinen Preis gefordert, indem sich die NS-Führung etwa gezwungen sah, gegen die *Röhm*-Revolutionäre vorzugehen, die die „nationale Erhebung“ zum Abschluß bringen wollten, indem sie aus Deutschland erst einen national-sozialistischen Staat machen wollten, der das sog. Dritte Reich nach den eigenen Postulaten eben nicht darstellte, auch wenn dann eine Revolution insofern vollzogen wurde als man sich plebiszitär über das Ermächtigungsgesetz

hinwegsetzte. Nach *Goebbels*, der immer für eine entschiedene, ja radikale Abgrenzung des Nationalsozialismus gegen rechts plädiert hatte, wäre nur in der Judenfrage eine wirkliche revolutionäre Politik betrieben worden. Die Tatsache, daß das Dritte Reich den eigenen Prämissen ansonsten nicht genügt hat, wird in der „Bewältigung“ durchaus anerkannt, weil sonst keine Studien gemacht werden könnten, ob etwa das Auswärtige Amt in die NS-Politik verstrickt gewesen wäre. Keine kommt auf die Idee, eine Untersuchung zu fordern, ob etwa das DDR-Außenministerium in die DDR-Politik verstrickt gewesen wäre, weil dies offensichtlich ist, da ein Ministerium ein wesentliches Organ jedes politischen Regimes darstellt: Lediglich im Dritte Reich soll dies demnach anders gewesen sein!

In der Tat zeigt sich, daß mit den 68ern eine Wiederkehr des Verdrängten eintritt, das nur deshalb nicht auf Anhieb zu erkennen ist, weil etwas Verdrängtes nur in einer Metamorphose wiederkehrt; sonst wäre die „Bewältigung der Vergangenheit“ doch so einfach, wie sich dies die bundesdeutsche Ideologiekritik so vorstellt. So wie in der Vergangenheit die innerhalb der SPD mit dem Marxismus verdrängten sozialistischen Ansätze eines *Lassalle*, *Dühring*, *Woltmann* in der Sozialismushäresie des Nationalsozialismus in einer sicherlich speziellen Weise und einmaligen Kombination ihre Wiederkehr erfuhren, so dürften mit den 68ern zumindest an den Nationalsozialismus gemahnende Tendenzen ihre Wiederkehr erfahren haben und noch erfahren. Der Neo-Sozialismus, der sich insbesondere durch die Integration des DDR-Kommunismus abzeichnet, wird wie der Nationalsozialismus förmliche Verstaatlichungen vermeiden; zu Herstellung der sozialen Gerechtigkeit reicht schon die staatliche Umverteilung aus, zumal es primär um die Sozialisierung des Menschen geht. Man will amtliche eine gleichgerichtete Denk- und Gefühlswelt erzwingen, wobei amtlich vorgeschrieben wird, wo staatliche Tränen vergossen werden dürfen und wo fröhlich in Vergessen verdrängt werden muß. Sozialismus wird zwar nicht mehr durch die Förderung der arischen Rasse zu erreichen gesucht, sondern es wird ein multirassischer Einheitsmensch angestrebt, eine Politik, die eigentlich zu einem Programm nötigt, daß in einer expliziten Weise einst in Paraguay unter der von 1814 bis 1840 währenden Diktatur des Jakobiners *Rodríguez de Francia* praktiziert wurde, wo der weißen Oberschicht verboten war, untereinander zu heiraten und diese stattdessen von Staatswegen bei Sanktion Landesverweis gehalten war, sich Ehegatten unter Indios, Mulatten und Schwarzen zu suchen. Den rassistischen Charakter dieses Neo-Sozialismus erkennt man vor allem daran, daß politische Gegner, die in einer spezifischen Weise als Vertreter der rassistisch noch unvermischten einheimischen Bevölkerung angesehen werden, in einer Weise gekennzeichnet werden, wie dies Rassisten bei Angehörigen einer anderen Rasse zu tun pflegen. Der Antifaschismus ist – was letztlich nicht im Widerspruch zum Marxismus steht – deshalb latent rassistisch, weil er den „Rechten“ in einer Weise kategorisiert, wie Rassisten die Angehörigen einer als minderwertig angesehenen Rasse beschreiben.

Gegen den „Rechten“ verwirklicht sich das sozialistische Gerächtigungsbedürfnis, weil dieser wohl schuld ist, daß sich die Utopie, die nunmehr multikulturell den multirassischen, transsexuellen Einheitsmenschen der Endzeit anstrebt, wieder nicht verwirklicht. Deshalb sollte nicht verwundert, daß das Vorgehen gegen Repräsentanten der NPD (Verweigerung der Hotelbuchung, der ärztlichen Behandlung etc.) häufig dem Spruch „Juden unerwünscht“ oder „Kauft nicht bei Juden“ gleicht. Die Übertragung von Rassenkategorien zur Beschreibung politischer Feinde ist dabei schon immer kennzeichnend für die radikale politische Linke gewesen, mag sie sich selbst auch häufig als anti-rassistisch verstanden haben. Der Rassismus als Produkt der modernen Fortschrittsdoktrin ergibt sich nämlich daraus, daß die Menschheit, auf die die Linke politisch ausgerichtet ist, eben eine biologische Kategorie darstellt, was bei deren Politisierung fast unvermeidlich auf einen Rassismus hinausläuft, der das Ungleiche und damit Demokratiewidrige und auch Fortschrittsfeindliche entweder ausrottet (Genozid)

oder einschmilzt (Assimilation). Das US-amerikanische „Rassenrecht“ der Segregationszeit als wesentliche Inspirationsquelle der Nürnberger Gesetze war genau von dieser Erwägung getragen. Wenn die 68er Linke aufgrund der Erkenntnisse der Fortschrittsdoktrin den Nationalstaat für überholt hält, muß sie sich konsequenter Weise auch gegen den Nationalstaat Israel richten, womit der latente Antisemitismus des offiziellen Philosemitismus deutlich wird, der bei den deutschen 68er Terroristen schon als Kombination von Antisemitismus und Antifaschismus hervorgetreten war. Hält die 68er Linke jedoch den Staat Israel und auch - wie die sog. „Antideutschen“, die sich zumindest offen als solche verstehen - den Staat USA für erhaltenswert, während etwa der deutsche Nationalstaat überwunden werden muß, dann kann dies nur aufgrund einer rassistischen Annahme postuliert werden, auch wenn sich dieser Rassismus als „Bewältigung“ oder „historische Verantwortung“ kaschiert wird. Israel ist dann deshalb erhaltenswert, weil es hierbei um eine zuschützende Rasse geht und die USA, weil sie zunehmend eine Menschheitsrasse darstellen, während der deutsche Nationalstaat dann einfach für eine historisch widerlegte Menschengattung steht. Dieser Ideologiekomplex wird verschleiert, indem Israel für erhaltenswert angesehen wird, weil es die einzige Demokratie im vorderen Orient darstellen würde (obwohl doch jetzt auch Irak Demokratie ist) und die USA, weil es hier ohnehin um Demokratie als solche geht.

Mit „Demokratie“ kommt man wohl zum entscheidenden Stichwort: Die radikalen 68er meinen vor allem deshalb, daß sie nicht mit NS-Tendenzen nichts zu tun haben können, weil sie selbst sich der Demokratie verpflichtet gesehen haben, während die Nazis doch Antidemokraten gewesen seien. Wer sich von diesem Argument beeindrucken läßt, wie dies bei den etablierten politischen Strömungen der Fall sein dürfte, hat wirklich nichts von den ideologischen Entwicklungen und zentralen politischen Erscheinungen der vergangenen beiden Jahrhunderte verstanden, so daß in der Tat höchste Wiederholungsgefahr besteht: Im Demokratiedanken liegt doch gerade der Totalitarismus begründet! Dieser tritt dann mit einer fast zwingenden Logik ein, wenn man bei der Demokratiekonzeption eine bestimmte Weichenstellung vornimmt. Man braucht hierzu mit dem klassischen Sozialismus nur die Freiheit der Individuen durch die Freiheit eines Kollektivs, sei dieses nun Volk oder Menschheit, „aufgehoben“ sehen. Dann ergibt sich die Diktatur sehr wohl aus dem Demokratiekonzept, weil dann die Macht dieses politischen Kollektivs und damit Demokratie in den Machtbefugnissen der demokratisch legitimierten politischen Führung zum Ausdruck gebracht wird. Anliegen des Sozialismus ist deshalb schon immer die demokratisch legitimierte Diktatur gewesen, die dann nicht als solche erscheint, weil sie ja demokratisch gewollt gewesen ist und damit für die Freiheit steht. Dieser Gedanke ist von *Lassalle* am konsequentesten dargelegt und dann von *Hitler* am konsequentesten umgesetzt worden. In der etwas weniger dramatischen Weise vollzieht sich dieser Gedanke in der Demokratisierung von Bereichen, die eigentlich den Individualrechten zuordnet sein müßten, auf die aber das demokratische Mehrheitsprinzip ausgedehnt wird. So bedeutet ja „Demokratisierung der Wirtschaft“ nichts anderes als ihre Halbsozialisierung. Amtliche „Bewältigung“ bedeutet, daß der wirklich äußerst individuelle Bereich des Erinnerns und Vergessens staatlich gelenkt und kontrolliert wird und damit das Individuum ideologisch sozialisiert wird. Würde diese Sozialisierung des Denkens und Fühlens erreicht werden, bräuchte man die Wirtschaft wirklich nicht mehr zu verstaatlichen, weil die Akteure aufgrund des politischen Gleichklangs des Fühlens und Denkens und damit des Gehorchens ohnehin tun, was sie politisch tun müssen. Diese Vorstellung stellte die Essenz des Sozialismus des Nationalsozialismus dar und dies ist auch Kern des Anliegens der etablierten 68er, das sich nunmehr als Neo-Sozialismus zu verwirklichen droht.

## **Ergebnis: Notwendigkeit der Bewältigung der Bewältigung**

Zusammengefaßt: Nach den Prämissen der bundesdeutschen Bewältigungspolitik ist das Phänomen der 68er, insbesondere in seiner bundesdeutschen Ausprägung, schon aus der Opferperspektive zu bewältigen. Vor allem ist es zu bewältigen, weil sich mit dem 68er Phänomen die Wiederkehr des Verdrängten vollzogen hat und Gefahr droht, daß es sich weiter vollzieht und dabei eine besondere Gefährlichkeit aufweist, weil die Wiederkehr des Verdrängten nur als Metamorphose möglich ist: Der Faschismus tritt dann als Antifaschismus auf und der Rassismus als Antirassismus. Der „Kampf gegen rechts“, dessen Opfer die Deutschen insgesamt sind, schon weil ihnen eine in normalen Demokratien anerkannte politische Option genommen wird, ist seinem inneren Wesen nach faschistisch. Will man in Deutschland eine normale Demokratie wird man nicht umhin kommen, die Bewältigung zu bewältigen, die den faschistischen Charakter des Antifaschismus verfehlt. Wesentlicher Bestandteil dieser Bewältigung ist die Bewältigung des 68er-Phänomens.

### Hinweis:

Die vorliegende Abhandlung stellt auch eine Ergänzung zur folgenden derzeit erhältlichen Veröffentlichung des Verfassers dar, die den bundesdeutschen 68ern gewidmet ist:



Das Buch von **Josef Schüßlburner, Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus. 2015, 350 S.**, das in einer 3. unveränderten Neuauflage für **24.90 €** wieder erhältlich ist und erstmals auch in einer Kindle Edition für **6,99 €** zur Verfügung steht, versteht sich als Beitrag zu einer umfassenden Sozialismusbewältigung. Diese sollte nicht auf den deutschen National-Sozialismus beschränkt werden, sondern muß sich den Prämissen der bundesdeutschen Bewältigung entsprechend auch auf wesensverwandte Phänomene wie die bundesdeutschen 68er erstrecken, um dem Demokratieschutz zu dienen.